

...gehört zum größten Teil diesen Körperstätten an! ...  
 ...einmal die ganz unternehmerfreundlich gestaltete  
 ...des neuen Staatssekretärs des Reichsamts des  
 ...Herrn v. Reichmann-Gollweg soll eben  
 ...auch nur ein Minister der Sozialpolitik sein, und  
 ...diese Rolle hat er bisher auch ganz gut gespielt.  
 ...Was sonst noch aus dem Gebiet der Sozialpolitik in  
 ...Ausicht gestellt ist, das kommt in diesem Winter erst recht  
 ...nicht in Betracht. Die Versicherung der Privat-  
 ...angelegenheiten wird ebenfalls erst vorgenommen werden bei  
 ...der allgemeinen Umgestaltung der Versicherungsgelegen, an ihre  
 ...Vermittlung in diesem Winter ist nicht zu denken.  
 ...Die arbeitende Bevölkerung hat somit keine Aussicht, daß  
 ...der Reichstag im dritten Winter seiner Tagung nun end-  
 ...lich auch irgendetwas für sie tun werde. Sie wird eine neue  
 ...schwere Last von 500 Millionen Mark indirekter Steuern zu  
 ...tragen bekommen, die für die kapitalistische Welt- und Staats-  
 ...politik, für rein kapitalistische Interessen ausgegeben werden.  
 ...Aber zur Befriedigung ihrer Leiden, ihres Glucks, ihrer Not,  
 ...wird nichts getan, ihre Klagen finden keine Berücksichtigung  
 ...in der Hera des Volks. Die Erkenntnis dieser Tatsache wird  
 ...hoffentlich auch bald ihnen verblendeten Wählern aus dem  
 ...arbeitenden Volke kommen, die mit ihm sind an der Stärkung  
 ...der kapitalistischen Vertretung im Reichstage und diese wird  
 ...der Reichstag einmal ein Ende machen. Vorher aber ist von  
 ...der Sozialpolitik im Reichstage nichts Gutes zu hoffen!

**Deutsches Reich.**  
**Aus dem Reichstage.**

\* Der Reichstag legte am Montag zunächst die Beratung  
 des Weingesezes fort. Es kam noch eine lange Reihe Redner  
 zum Wort. Der konservative Abg. Benschelt brachte eine  
 lange für die edlen, aber verkannten Weinmarken Schließens,  
 und der süddeutsche Agrarier Stauffer lieferte eine appetitlich-  
 Analise des verächtlichen Nachhader des verflochtenen Sortierens.  
 Genosse Lehmann-Wiesbaden machte einen auf den Zusam-  
 menhang des Nidans des Weinbaus mit der wirtschaft-  
 lichen Lage aufmerksam und wies darauf hin, daß die all-  
 seitig, auch von süddeutschsprachlicher Seite bekante Lähm-  
 de, prekären Zukunftsprognosen ihren guten Grund hat: man will  
 den mächtigen Zuckerkonsum nicht auf die Hühneraugen treten.  
 In Frankreich sieht man, wie Genosse Lehmann anführte, ähnlich;  
 auch dort klappt die Bilanz des Südens mit Recht über die  
 Begünstigung der Pflanzereien der nördlichen Zucker-  
 gemalgen. — Das Gesetz wurde an eine 28gliedrige  
 Kommission, wozu in ziemlich vorgerückter Stunde das  
 Haus sich der Beratung des Gesetzes über die Preis-  
 feststellungen beim Schlachtviehhandel wandte.  
 Folgender würde das Gesetz genannt werden: „Reichsgesetz zur  
 Erzeugung agrarischer blauen Danks“. Des Gesetzes Kern ist  
 nämlich der: die Agrarier wünschen, daß nach Lebensdauer  
 notiert wird, um den Vorwurf der Preisüberhöhung von sich auf  
 die Weipfer abzuwälzen. Die dem Wunsch kommt das Gesetz entgegen  
 und so vollführten der Agrarier Reichs- und Vorparlament  
 nberger Freudenbrünge, die mit nachkommender Schwerefülligkeit  
 der nationalliberalen Majorität nachkommenen verurteilte. Genosse  
 Scheidemann hing der Sache de Suelle um und nagelte  
 den neuen Preisbestimmungen, den die Regierung des blumigen  
 Europäers Witow den über Groß hinaus geleiteten Agrar  
 leistet. Mit der Zehnheit, die einem Ordensbesessenen ziemt,  
 läßt Herr Reichstag unter besonderer Berücksichtigung des Berliner  
 Zentralvereins beiderseits Artikel an der Vorlage, während sein  
 Freund Kobelt, der Blumensagermeister von Magdeburg, kräftigere  
 und vor allem ansehnlichere Töne fand. — Am Dienstag wird  
 wie bekannt, die Interpellationen über die deutsche Weltblamage  
 zur Beratung.

**Automatisches Räumungsvermieten.**

Die Dr. Nordd. Allg. Anz. meldet, daß in der Be-  
 ratung der Voten der diplomatischen Missionen einige Ver-  
 änderungen eingeleitet. Zum Nachfolger des in den Ruhe-  
 stand getretenen v. Radomski auf den Posten des Generalkonsuls  
 in Madrid in der hiesigen Gesandtschaft in Lissabon, Graf v. Latten-  
 bach, ernannt, der in Lissabon durch den derzeitigen Gesandten  
 in Belgrad, Graf v. Ratibor und Coroen, ersetzt wird. Auf  
 den durch den Tod des Freiherrn Speck v. Sternburg frei ge-  
 wordenen Posten des Generalkonsuls in Washington geht der bis-  
 herige diplomatische Agent und Generalkonsul in Havre, Ge-  
 sandter Graf v. Bernstorff, als dessen Nachfolger der  
 Posten des Generalkonsuls in Washington, Graf v. Haysfeldt-Wildenburg,  
 in Aussicht genommen ist.

Man sieht, es sind alles hochadlige Leute, die als Ver-  
 treter des Reiches im Ausland bestellt werden. Kein Wunder,  
 daß bei dieser Auslese nicht der Tüchtigsten, sondern der ge-  
 schäftlich Bevorzugten die deutsche Diplomatie gar nichts  
 langt!

Das V. Z. bemerkt: „Der unerreichte Punkt auf der  
 Liste ist die Beförderung des Herrn v. Lattenbach zum  
 Vizekonsul in Madrid. Herr v. Lattenbach, der von dem ver-  
 storbenen Reichsminister protegiert und von den energie-  
 vollen Damen seiner Familie wirksam gefördert wurde, ist  
 ununterbrochen noch für einen Vizekonsulposten abfolmt  
 nicht qualifiziert. Es mag sein, daß er auf dem Gebiet  
 des Jagdrechts um gewisse Kenntnisse besitzt, aber die  
 Fähigkeiten, deren ein Vizekonsul bedarf, fehlen ihm gänzlich.  
 Dank seiner Ernennung zum Nachfolger des Herrn  
 v. Radomski sind wir nun also auch in Madrid ohne passende  
 Vertretung.“

**Protest gegen die Branntweinvorlage.**

Der Vorstand des Schutzverbandes der Brauereien der  
 Norddeutschen Brauereigenossenschaft und verwandter Ge-  
 werbe, dem sich die gesamte Norddeutsche Brauereigenos-  
 schaft und mehr als 100 000 Konsumenten angeschlossen, hat am  
 Montag in Berlin einstimmig beschlossen, die neue Bran-  
 ntweinvorlage auf das entschiedenste zu be-  
 kämpfen. Es müßte der schärfste Protest dagegen erhoben  
 werden, daß das Biergewerbe, nachdem es erst vor zwei Jahren  
 mit einer auf der Bierherstellung und dem Biervertrieb voll-  
 ständig hatten geliebten sehr starken Steuererhöhung belastet  
 worden ist, jetzt noch einmal eine Erhöhung der Steuer,  
 und zwar um die ungeheure Summe von 100 Millionen Mark,  
 erleiden soll. Durch die Annahme der Regierungsvorlage  
 würde der größte Teil der schon durch die letzte Steuererhöhung  
 schwer geschädigten Gewerbe dem Untergang preis-  
 gegeben sein.

**Steine Einschränkung der Konkurrenzklause.**

Vor kurzem hieß es, die Reichsregierung arbeite einen  
 Gesetzentwurf aus, der eine wesentliche Verschärfung der Be-

stimmungen über die Konkurrenzklause bringen würde. Auf  
 absehbare Zeit scheint aber eine Verwirklichung dieser  
 Regierungsabsichten noch ausgeschlossen zu sein. Denn  
 auf eine Anfrage des Reichstages des Reichsamts des  
 Staatssekretärs Dr. Nieberding geantwortet, daß „ein  
 Gesetzentwurf in Sachen der Konkurrenzklause hier noch  
 nicht vorliegt. Die Mittelungen, die in der Presse dar-  
 über und über den Inhalt der angeblich in Aussicht genom-  
 menen Maßnahmen gebracht worden sind, entbehren der  
 tatsächlichen Grundlage.“

Die Episode ist ein neuer Beweis für das sogenannte  
 Automatismus auf sozialpolitischem Gebiete.

**Änderung der Bestimmungen über die Lohnbeschlagnahme.**

Zu dieser Materie äußerte sich die Düsseldorf-Handels-  
 kammer in ihrer letzten Sitzung wie folgt: Die Handels-  
 kammer ist der Meinung, daß die geltenden Bestimmungen  
 über die Beschlagnahme des Lohnes und Gehaltes von An-  
 gesetzten und Arbeitern eine Härte und Ungerechtigkeit den  
 höher bezahlten Angestellten gegenüber sind. Sie beklammert  
 daher eine Änderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen  
 in der Weise, daß ein Einkommen von 1500 M., wie bis-  
 her, vor dem Zugriff der Gläubiger vollständig geschützt bleibt,  
 der 1500 M. übersteigende Teil aber nur zur Hälfte der Pfän-  
 dung unterliegt. Verbleibt dem Schuldner dann noch ein  
 Einkommen von mehr als 6000 M., so ist der diese 6000 M.  
 übersteigende Betrag voll der Pfändung ausgesetzt. Eine Er-  
 höhung des pfändbaren Einkommens auf eine feste Grenze  
 (etwa 1800 bis 2000 M.) hält die Handelskammer, sowohl  
 vom Standpunkte des Schuldners wie dem des Gläubigers be-  
 trachtet, für unpraktisch und spricht sich entschieden gegen  
 eine solche Regelung aus. Ebenso wenig kann sie eine Unter-  
 scheidung zwischen verheirateten und unverheirateten Ange-  
 stellten einerseits und Arbeitern und Beamten andererseits be-  
 züglich der praktischen Durchführung einer solchen Unter-  
 scheidung auf außerordentlich große Schwierigkeiten stoßen  
 würde und durch die vorgeschlagene Regelung den ver-  
 schiedenen wirtschaftlichen Verhältnissen schon zur Genüge Rech-  
 nung getragen wird.

**Arbeitervereine sind politische Vereine.**

Dem Präses des katholischen Arbeitervereins zu  
 Schönewald, Kreis Gletzig, ist, wie ein Berliner Mon-  
 tagenblatt meldet, folgendes Schreiben des Amtsvorstehers zu-  
 gegangen:

„Auf Ihre Anfrage vom 4. September d. J., betr.  
 Notwendigkeit der Anmeldungen der Singsänger, Ver-  
 einigungen pp. Ihres Vereins, teile ich Ihnen hierdurch er-  
 geben mit, daß nach einer Verfügung des Hgl. Herrn Land-  
 rats sämtliche Arbeitervereine als poli-  
 tische zu behandeln sind und daß die Anmeldungen nach  
 wie vor erforderlich sind.“

Dem Herrn Landrat kann nur dringend geraten werden,  
 sich gelegentlich einmal nach dem Wortlaute des Vereinsgesetzes  
 zu erkundigen.

**Rugdan unter Protektion der Post.**

Die Post bringt die folgende Empfehlung des so-  
 genannten freimüthigen Abgeordneten Dr. Mugdan:

Am 11. d. M. findet in Berlin eine Radwahl zur  
 Stadtordeordnetenversammlung statt, in welcher von frei-  
 müthiger Seite der Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan als  
 Kandidat aufgestellt ist. Dr. Mugdan ist nicht nur ein  
 Mann von entschieden deutsch-nationaler Gesinnung, sondern  
 auch der in Folge seiner energischen Ver-  
 folgung der Sozialdemokratie von dieser be-  
 schuldete Mann. Seine Kandidatur wird von den Demo-  
 kratischen Parteien mit allen Mitteln der dieser  
 Richtung eigenständigen gewissenlosen Agitation bekämpft.  
 Unter diesen Umständen ist es für alle nationalgesinnten  
 Wähler geradezu eine Ehrenfrage, daß Dr. Mugdan  
 in dem Wahlkampf siegt. Wir erwarten demzufolge  
 von unseren Freunden und Gesinnungsgenossen in der be-  
 teiligten Wählerchaft, daß sie sich am 11. Mann für  
 Mann an der Wahl beteiligen und Dr. Mugdan zum  
 Siege verhelfen.“

Diese Empfehlung hat Dr. Mugdan redlich verdient.

**Verschiedene Ehre.**

Wegen Verleumdung der Hauptzeugin in dem Hau-Prozess, des  
 Fräulein Olga Wollstor, wurden vor längerer Zeit die Redakteure  
 Schmidt von der Berliner Morgenpost zu 9 Monaten, Herzog von  
 der Berliner Presse in Markstraße zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.  
 Schmidt's Gefängnisstrafe wurde im Gnadenwege in eine Geldstrafe  
 umgewandelt, der Prozess Herzog wird am nächsten Donnerstag vor  
 dem Reichsgericht als Revisionssaklage anhängig erledigt.

Die wegen „Verleumdung einer Dame aus dem besten Gesell-  
 schaftskreise“ ausgesprochen hohen Gefängnisstrafen nötigen zu  
 einem Vergleich mit dem Verfahren, das man gegen eine andere  
 Zeugin im Hau-Prozess, die Kaiserin Eisele in Baden-Baden,  
 eingeschlagen hat. Fräulein Eisele machte nach der Beurteilung  
 des Reichsanwalts Hau zum Tode einige Versicherungen, die günstig  
 für Hau sprachen, und unter Umständen Anlaß zu der Einleitung  
 eines Wiederaufnahmeverfahrens sein konnten. Als ein Verleu-  
 der der Baden-Badener Zeuginen und Medizinalrat Dr.  
 Neumann, der im Hau-Prozess als Sachverständiger fungierte und  
 von der Schuld des Hau überzeugt war, auf die Wichtigkeit dieser  
 Aussagen verwies, äußerte sich Dr. Neumann: Die Eisele ist  
 eine hysterische Person, die ihre Angaben nachträglich ge-  
 räumt oder erstanden hat; ich lenne sie zwar nicht, werde sie  
 aber als unzulänglicher Zeugin demnächst auf ihren  
 Geisteszustand untersuchen.“ Daß diese Einschätzung  
 der Kaiserin Eisele ohne weiteres beleidigend ist, bedarf keines Nach-  
 weises.

Was geschah nun? Fräulein Eisele erhielt im Herzog-Prozess  
 im Mai dieses Jahres, bei welcher Gelegenheit die Neumannsche  
 Neuerung im Gerichtsfaule bekannt wurde, Kenntnis davon. Sie  
 fragte, das Amtsgericht Baden-Baden lehnte die  
 Eröffnung des Hauptverfahrens ab, weil der Wort-  
 laut der Zeugin nicht feststehe, sie dem Sinne nach nicht als Ver-  
 leidigung zu betrachten sei und dem Verlangen — inoffiziell: einem  
 Zeuginen und Medizinalrat — das Bewußtsein der Verleumdung  
 gefehlt habe.

Die Verleidigung erhob Beschwerde beim Landgericht; jetzt hat  
 aber auch dieses die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, sich  
 die Gründe der Vorurteilung zu eigen gemacht und einen weiteren Ab-  
 schließungsgrund erdacht, der einzig dastehen dürfte. Es billigte  
 nämlich dem Verlangen die Wahrung berechtigter Interessen zu, da  
 er eventuell auf Verlangen der Strafver-  
 folgungsbehörde über den Geisteszustand der  
 Eisele ein Gutachten abzugeben hätte. Danach hat  
 ein Bezirksarzt einen Attest über die Verleidigung der Einwohner  
 eines gewissen Landesgebietes; er braucht sie nur für verrückt zu  
 halten.

Und der Zulußheit: Wegen Verleumdung des „anbigen Fräu-  
 lein Wollstor“ wurden im ganzen 24 Monate Gefängnis aus-  
 gesprochen, wegen Verleumdung der „Kaiserin Eisele“ — nicht!

Der Polizeireisender. Nach einer Meldung aus Zwickau wurde  
 der Polizeireisende Dresden in Zwickau Sonntag nacht von ungenannten  
 (obwohl er den Drammann Schumann in seiner Verleumdung  
 auf dem Transporte nach dem Krankenhaus verurteilt.

Reklame für Orden. Der preussische Generaldirektor hat  
 telegraphisch das Fernere Auslegen und den Verkauf der Orden  
 den preussischen Bahnhöfen verboten.  
 Den Anlaß zu dem Verbot gab ein Artikel der letzten Nummer  
 der Zukunft, der sich in bekannter Herdenweise mit dem Kaiser  
 mikrofilm beschäftigt.

**Kleine politische Nachrichten.**

Montag Mittag kam es in der  
 Wiener Universität zu Schlägereien zwischen deutschösterreichischen  
 Mäher, die Streitigkeiten auseinander zu bringen und die Ruhe zu  
 wahren. Mehrere Studenten wurden erheblich verletzt. — Das Haus  
 der Minister der Auswärtigen mit der Gouverneur von Caracas  
 abe ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß das venezolanische Verbot  
 vom 14. Mai am 1. November noch nicht außer Kraft getreten  
 worden ist, daß also Präsident Castro die in der bolivianischen  
 hieraus erobert sich für die Regierung der Niederlande nicht erfüllt habe.  
 Des Handels. Er der Minister, habe in telegraphischen dem Gouverneur  
 von Caracas telegraphisch, daß die Regierung jeder Verletzung  
 von Venezuela ledig sei. Der Gouverneur ist beauftragt worden, das Verbot  
 der Ausfuhr von Waffen nach Venezuela einzuhalten, das Verbot  
 habe sich dieses Auftrags entledigt. — Wegen des Schmeizer Mordes  
 wurde nach einer neuerlicher Meldung ein Attentat verübt. Die Be-  
 legung ist jedoch nicht lebensgefährlich. Der Schuldige ist  
 aber verurteilt Selbstmord. — Das neue Attentat auf den  
 Gouverneur von Bengalen ereignet in London keine Sensation.  
 Es ist das vierte Attentat auf den Beamten und ist wohl die Krone  
 auf eine eben erlassene Proklamation des Kaisers von Japan an die  
 Völker Indiens aufzuführen, von der man große Erwartungen erwar-  
 tete. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Attentat nicht allein die  
 sondern Mitglied einer Gesellschaft von Verächtern ist.

**Ausland.**

**Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 9. November. Ueber die Ministerkrise herrscht die An-  
 sicht, daß Baron Wenzel, obwohl mit der Bildung des Kabinetts  
 tabuirt betraut, den Auftrag nicht ausführen wird, weil er in  
 Schwierigkeiten, welche sich ihm entgegenstellen, nicht überwinden  
 kann. Der Kaiser wird jedenfalls auf Baron Bed zurück-  
 greifen und ihn beauftragen, ein Neuministerkabinett zu bilden.

**Im Kampf um das Wahlrecht.**

Budapest, 9. November. Die Sozialdemokraten beschließen  
 heute trotz polizeilichen Verbots einen Demonstrationen,  
 spazieren gegen die Wahlrechtsvorlage. Die Polizei ge-  
 stürzte die Demonstrationen mit blanker Waffe, wobei mehrere Per-  
 sonen verletzt und 24 verhaftet wurden.

Es ist leider zu befürchten, daß sich im Anlaß der die  
 Demonstration für das Wahlrecht die unerschrockenen Polizeibeamten  
 wiederholt haben, wie sie in Budapest in der letzten Zeit vom bloßen  
 ins Werk gesetzt worden sind, um den Kampf gegen Ermattung durch  
 Unmenslichkeiten zu erledigen.

**England.**

**Englands auswärtige Politik.**

London, 9. November. Premierminister Balfour hat  
 in einer Rede die von den Vereinigten Staaten abgegangene  
 wirtschaftliche Depression, die aber hoffentlich bald  
 vorübergehen werde. Er ging dann auf die Revolution in  
 der Türkei ein und berichtigte den anwesenden türkischen  
 schaffter der wohlwollenden Gesinnung Englands für eine künftige  
 neue Regierung im ottomanischen Reich. Zu dem Zweck  
 daß internationale Verträge nicht einseitig von einer Partei  
 geändert werden können. Einmalige Verhandlungen  
 dieser beiden Staaten mit der Türkei befristet  
 der Gegenseitigkeit der anderen Mächte. England  
 an seinem Teile alles, was die hochgehenden Töne auf den  
 Balkan zu befähigen. Wichtiges hätten die letzten Verhandlungen  
 gezeigt, daß sich der englische und der russische Standpunkt in voll-  
 kommener Harmonie haben. England bestrebe sich in poli-  
 tischer Sympathie mit Frankreich, aber sich  
 offen gegen Deutschland und Italien, die Verb-  
 genossen Oesterreich-Ungarns, gewesen. Es würde zu  
 Erhaltung des öffentlichen Rechtes in Europa und für die  
 eine Regelung, die eine Störung des Friedens verbot der Minister  
 Wegen der Beziehungen zu Deutschland verbot der Minister  
 auf den vorjährigen Besuch des Kaisers in England, bei dem die  
 als leitendes Ziel seiner Politik die Aufrechterhaltung des Friedens  
 in Europa und der guten Beziehungen zwischen Deutschland und  
 Großbritannien bezeichnete. Dieser Geist leitete England bei den  
 Verhandlungen wegen der gegenwärtigen Schwierigkeiten in  
 europäischen Politik, und wenn andere Mächte dieselben An-  
 legten, würde der Frieden gefährdet sein und Argwohn und Miß-  
 trauen geschürt werden. Man solle nicht von Fiktionen und  
 feindsinnigen Gruppierungen unter den Mächten sprechen. England  
 habe weder Antipathien, die es befriedigen wolle, noch  
 lästige Interessen, die es fördere. Eine in guter Mißst und  
 entgegengetretete Hand würde ergriffen werden.  
 Wedner erklärte dann: Unsere Politik ist die der Freiheit,  
 der Autonomie der Völker, der Freiheit der See, der Freiheit  
 nicht zu Angriffen und Abenteuer, sondern in  
 zum Schutze des englischen Handels und der englischen Industrie,  
 um Regierungen kommen und gehen, Majoritäten entstehen und  
 gehen, aber das britische Volk wird einmütig festhalten an der  
 Erhaltung von der unbedingten und unbeschränkten Freiheit  
 Englands zur See.

**Balkan.**

**Die türkischen Wahlen.**

Wahlen sind einigfalls demüthigt in der Türkei  
 wählbar worden, von denen in den europäischen Provinzen und in den  
 nördlichen anatolischen Distrikten die meisten Türken und Araber  
 des jenseitigen Komitens sind. Die Griechen erhalten einen  
 gemessenen Anteil an der Wählerwahl, wobei die Wähler  
 da sie in vielen kleineren Gemeinden verstreut waren, nicht die  
 entsprechend vertreten sind. Die Wählerwahl ist die Wahl  
 sind befehle, nachdem in Wirklichkeit die Wahl der  
 worden ist. Der Bürgermeister von Adrianopol, ein Türke, hat  
 von Wählerwahlungen, die er zu seinem eigenen Vorteil und  
 zweier Griechen verübt, von denen kein Erwähnung zu  
 den Slawen in Thessalonien sind keine Erwähnung zu  
 Konstantinopel, 9. November. Wählerwahlungen folgen  
 die Eröffnung des Parlaments am 28. November hat.  
 Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen.  
 Konstantinopel, 9. November. Es wird behauptet, daß die  
 Verhandlungen der Türkei mit Bulgarien noch lange nicht zu  
 einem definitiven Abschluß kommen werden, weil noch

...schle  
 ...als  
 ...Konstantin  
 ...und  
 ...auch der  
 ...über die  
 ...den nur die

...Sofia, 9.  
 ...den einen  
 ...leben, verfuhr  
 ...den Jack  
 ...der Dienst  
 ...garischen Arme

...Petersburg  
 ...einen Du  
 ...gen, sind der  
 ...Jahren un  
 ...kurzzeit

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je

...Zerhan, 9.  
 ...Verfassun  
 ...Es nahm  
 ...fi und jäm  
 ...Rebe verlei  
 ...Konstitution  
 ...bringen zur  
 ...lag einer gro  
 ...e. Die d  
 ...seren, „wü  
 ...spricht zu  
 ...an freie im  
 ...en die Wieb  
 ...gt und mit  
 ...in der Hau  
 ...Erfüllung je